



Die vorliegende Stellungnahme gibt nicht die Auffassung des Ausschusses wieder, sondern liegt in der fachlichen Verantwortung des/der Sachverständigen. Die Sachverständigen für Anhörungen/Fachgespräche des Ausschusses werden von den Fraktionen entsprechend dem Stärkeverhältnis benannt.

Stellungnahme Deutsche Umwelthilfe e.V. zum Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des Verpackungsgesetzes

Geplante Einführung eines Verbots von Plastiktüten



Deutsche Umwelthilfe e.V.

Thomas Fischer, Leiter Kreislaufwirtschaft

030 2400 867 43

fischer@duh.de

Hackescher Markt 4

10178 Berlin



Plastiktütenverbot ist ein richtiger Schritt zur Vermeidung unnötiger Abfälle

Aktuelle Zahlen des Handelsverbandes Deutschland belegen das Ausmaß des Plastiktütenverbrauchs in Deutschland: 2 Milliarden Stück fallen hierzulande jährlich als Abfall an. Das entspricht einem Verbrauch von 3.700 Tüten pro Minute. 40.000 Tonnen Kunststoff sind nötig um den Jahresverbrauch an Plastiktüten herzustellen. Deshalb plant Bundesumweltministerin Svenja Schulze ein Gesetz zum Verbot der Einweg-Plastiktüte. Die Deutsche Umwelthilfe begrüßt dieses Vorhaben als einen wichtigen Schritt zur Vermeidung unnötiger Abfälle. Für die Herstellung des Einwegprodukts werden nicht nur begrenzt vorhandene fossile Ressourcen vergeudet und das Klima belastet, sondern die Tüten werden auch vielfach in der Umwelt entsorgt – gerade in urbanen Ballungsräumen und touristischen Regionen. Plastiktüten tragen in erheblichem Maße zur Verschmutzung unserer Meere bei und werden zur tödlichen Gefahr für Meereslebewesen.

Gesunkener Plastiktütenverbrauch belegt Verzichtbarkeit des Einwegprodukts

Auch wenn Teile des Handels argumentieren, dass mit der bisherigen freiwilligen Selbstverpflichtung der Plastiktütenverbrauch in Deutschland gesenkt worden sei, so zeigt das doch vor allem eines: Plastiktüten sind verzichtbar. Supermarktketten und einige Handelshäuser haben Plastiktüten bereits vor dem geplanten Verbot aus dem Sortiment genommen und die Kundinnen und Kunden kommen trotzdem wieder.

Vielfältige Mehrwegalternativen sind vorhanden und werden genutzt

Tagtäglich zeigen Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher, dass ein Leben ohne das Einwegprodukt möglich ist. Es wird alles genutzt: Mehrwegtragetaschen, Einkaufsnetze, Rucksäcke, Klappkisten, Körbe, Fahrradtaschen oder Trolleys. Auch für unterschiedliche Einkaufssituationen gibt es die geräumige Permanenttragetasche mit Standboden oder den faltbaren Polyesterbeutel für den Spontaneinkauf. Es bleiben keine Wünsche offen.

Auch wenn Plastiktüten nur einen Bruchteil des deutschen Kunststoffabfallaufkommens ausmachen, so kann das keine Begründung dafür sein, sich tagtäglich mit unnötigem Plastikmüll abzufinden. Irgendwo muss mit dem Umweltschutz begonnen werden und die Plastiktüte ist auch ein Türöffner, das eigene Einkaufsverhalten kritisch zu hinterfragen.

Beim Thema Plastiktüten ist Deutschland Entwicklungsland

Deutschland ist, was Plastiktüten angeht, noch Entwicklungsland. Viele andere Staaten, wie Kenia, Ruanda, Costa Rica, China, Frankreich oder Neuseeland, sind schon weiter und haben ein Verbot umgesetzt. Insgesamt 61 Länder haben laut UN-Umweltprogramm UNEP Plastiktüten verboten. Zuletzt hatte Island ein Verbot angekündigt. Ohne ein Verbot würde das Ende der Plastiktüte in Deutschland in die Länge gezogen. Warum die Dinge nicht gleich richtig anpacken und das überflüssige Einwegprodukt verbieten, welches ohnehin von immer weniger Verbraucherinnen und Verbrauchern genutzt wird.

Keine Ausnahmen für biobasierte und/oder biologisch abbaubare Plastiktüten zulassen

Wichtig für eine Verbotsregelung ist es, keine Ausnahmen für biobasierte und/oder biologisch abbaubare Plastiktüten zuzulassen, weil sie aus gesamtökologischer Perspektive nicht besser abschneiden als fossil basierte Tüten und sich in der Umwelt auch nicht ohne weiteres abbauen. Begleitend zu einem Tütenverbot sollten im Handel attraktive Mehrwegtragetaschen als Alternative zum Kauf angeboten und deren häufige Wiederverwendung durch Bonuspunkte oder Rabatte gefördert werden.



Keine kostenlosen Einweg-Papiertüten

Damit Verbraucherinnen und Verbraucher unnötigerweise nicht von Einweg-Plastiktüten auf Einweg-Papiertüten wechseln, sollten diese in jedem Fall ausreichend hoch bepreist werden. Mindestens 20 Cent sollten fällig werden. Hier steht der Gesetzgeber in der Verantwortung, dass ein Mindestverkaufspreis für Einwegtüten verpflichtend festgelegt wird. Im Vergleich zu Plastiktüten haben Papiertüten jedoch einen entscheidenden Vorteil: sie bauen sich problemlos ab, wenn sie nicht ordnungsgemäß in der Umwelt entsorgt werden.

Keine kostenlosen Einwegtüten für Obst und Gemüse

In Deutschland werden für Obst, Gemüse und andere Bedienware noch immer massenhaft kostenlose Einwegplastiktüten herausgegeben. Deren Verbrauch ist im Jahr 2017 auf 3,2 Milliarden Stück angestiegen, was einem jährlichen Pro-Kopf-Verbrauch von 39 Stück entspricht. Um die Müllflut an den Gemüseregalen und Frischetheken zu stoppen ist die Einführung einer Abgabe von mindestens 20 Cent auf kleinformatige Tüten für Bedienware notwendig. Ausnahmen für Einwegtüten aus Bioplastik oder Papier sollte es nicht geben, da Einweg-Plastiktüten dann lediglich durch solche aus anderem Material ausgetauscht werden würden. Nach Einschätzung der Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation würde eine Abgabe das Aufkommen ressourcenverschwendender Einwegtüten radikal reduzieren und den Handel schnell dazu bewegen, Kunden attraktive Mehrwegnetze als Alternativen anzubieten. Gleichzeitig sollte es eine Aufklärungs- und Abfallvermeidungskampagne geben, die durch die Abgabe finanziert werden kann.

Der Grund, warum noch immer massenhaft zu den Einwegtütchen für Obst und Gemüse gegriffen wird, ist deren kostenlose Herausgabe. Was nichts kostet, wird auch genutzt. Deshalb ist eine Abgabe auf Einwegtüten für Obst und Gemüse notwendig, damit deren massenhafter Verbrauch gestoppt und die Umwelt geschützt wird. Erfahrungswerte aus Irland zeigen, wie effektiv eine Abgabe wirkt. Dort führte eine Plastiktütenabgabe von 22 Cent zu einer Reduktion des Verbrauchs von 328 auf nur noch 14 Stück pro Kopf und Jahr. Was bei normalen Plastiktüten klappt, funktioniert auch bei besonders kleinen Tüten: Denn die Bereitschaft der Verbraucherinnen und Verbraucher, dafür etwas zu bezahlen, ist als noch geringer einzuschätzen.

Mehrwegalternativen auch für Obst und Gemüsetüten im Angebot

Bereits jetzt gibt es praktische wiederverwendbare Netze für Obst, Gemüse und Backwaren. Solche Mehrwegnetze gibt es aus Biobaumwolle oder auch aus Kunststoff. Sie sind extrem robust, können hundertfach wiedereingesetzt werden und sparen bei jeder Wiederverwendung die ressourcenintensive Neuherstellung einer Einwegtüte ein. Einige Supermärkte haben das Gewicht von Mehrwegnetzen inzwischen in das Kassensystem integriert und ziehen es beim Wiegen automatisch ab. Dadurch muss das Obst und Gemüse nicht umständlich ausgepackt werden.

Einwegtütchen aus Bioplastik und Papier sind nach Einschätzung der DUH keine umweltfreundlichen Alternativen. Im Gegensatz zu Plastiktütchen sind solche aus Papier zwar biologisch abbaubar, dafür verbrauchen sie in der Herstellung viel Wasser, Energie und Chemikalien. Papiertüten müssen zudem dickwandiger und schwerer sein, um eine ähnliche Reißfestigkeit wie Plastiktüten zu haben. Aber auch Bioplastiktüten, die aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt und/oder als biologisch abbaubar beworben werden, sind eine Mogelpackung. Der ökologische Rucksack aus dem Anbau von Nutzpflanzen ist groß und der Abbau unter normalen Bedingungen in der Natur problematisch.